Bezugspreis: vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 13.75. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 13.60 m. Postbest.-Geld. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 60 ₰, bei Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle 45 ₰ extra. Reklame-Zeile ℳ 1.50 bei größeren Aufträge entsprech. Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird.

Schluß der Anzeigen-Annahme tags vor. Fernsprecher Nr. 4. Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 174 | Neuenbürg, Donnerstag den 29. Juli 1920 | 78. Jahrgang.

Deutschland.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. Juli Haus und Tribünen sind wie gestern stark besetzt.

Reichsminister Dr. Simons erklärte sich bereit, die Interpellation Dr. Fleischer über die Unterstellung verschiedener Ortschaften Westpreußens unter polnische„ Oberhoheit innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten.

Dann wird die Besprechung der Konferenz von Spa fortgesetzt.

Reichsminister Dr. Simons erklärt in Ergänzung seiner gestrigen Ausführungen über die Auslegung der Ehrenbezeugung vor der französischen Fahne, er habe die Reichswehr nicht verletzen wollen. Seine Ausführungen seien mißverstanden worden. Er habe nur die unangebrachte Ausrüstung der Truppen, z. B. Mütze statt Helm im Auge gehabt.

Abg. Stampfer (Soz.) drückt sich in großen Zügen zustimmend zu der gestrigen Ministerrede aus. Das Reglement habe wie in Spa so auch bei den letzten vom Minister eben angeführten Verstößen versagt. Vielleicht werde das Reglement bei der Reichswehr noch öfters versagen. Die französischen Imperialisten hätten sich anscheinend vorgenommen, alle Dummheiten nachzumachen, die seinerzeit die deutschen Kapitalisten begangen hätten. So sei auch der Versuch, Polen zu ukrainisieren, aufzufassen. Redner protestiert gegen die Methode von Spa und verurteilt die Dolmetschertätigkeit Fochs in Spa. Daß in der Entwaffnung und in der Kohlenfrage die Bedingungen von Spa erfüllt werden müßten, sei wahr. Die Arbeiter wollen auch dem entsprechen in der Ueberzeugung, dadurch dem allgemeinen Wohl zu dienen. Redner kommt dann auf die Sozialisierung zu sprechen und verlangt eine zweckmäßige Anpassung der Kapitalisten an diese Idee, damit keine Störung der Betriebe erfolge. Wenn das Ruhrgebiet durch Sozialisierung gewissermaßen immunisiert werde, so werde das auf Frankreich zurückwirken. Der Kampf in Rußland sei der Zusammenbruch der kapitalistischen Westmächte und der bolschewistischen Ideen. Deutschland müsse neutral bleiben. Seine Partei gehe nach Genf zum internationalen Sozialistenkongreß mit bestimmten Hoffnungen und werde dort kein Paria sein. Er hoffe, daß auch Deutschland diese Rolle nicht mehr zu spielen brauche.

Abg. Breitscheid (U. S.): Wir haben den Krieg verloren, das scheint man nicht genau zu wissen, daher Versailles und Spa. Die vor 6 Jahren leichtfertig den Krieg heraufbeschworen haben, tragen die Schuld an unserem Unglück. Mitschuldig seien aber auch die, die das 6 Jahre geduldet hätten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Seine Partei habe von Spa nichts besonderes erwartet. Sie sei nur auf der Hut gewesen, daß nicht etwa den Arbeitern noch mehr Lasten aufgebürdet würden. Spa sei noch nicht die letzte Instanz. Wenn Minister Dr. Simons im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten geäußert habe, es werde mit der Reduzierung der Reichswehr nicht so schlimm werden; denn in sechs Monaten könne sich vieles ändern, so frage er noch einmal, was damit gemeint gewesen sei. Er warne vor jedem Versuch, den Wünschen der Entente in dieser Frage zu entschlüpfen. Der Redner wendet sich gegen die Massierung von Truppen in Ostpreußen und hofft, daß diese Truppen eine andere Auffassung von der Neutralität haben als die Regierung. Jedenfalls werde die Arbeiterschaft irgendwelche Unternehmungen gegen Sowjetrußland nicht zulassen, dem er in seinem heißen Kampfe um die Früchte der Revolution die Grüße der deutschen Brüder zurufe. (Großer Lärm.) Die frühere deutsche Regierung habe leider den Kampf gegen Rußland durch Waffenlieferung unterstützt. Hoffentlich erblicke die Entente hierin keinen Präzedenzfall und stelle keine Forderungen an uns. Jedenfalls darf sich die Regierung nicht einschüchtern lassen. Dr. Simons danke er für seine verständigen Worte über Rußland. Simons möge aber den eisernen Besen anwenden, um im Auswärtigen Amte auszukehren. Er fürchte, daß über Simons Haupt schon der Todesvogel schwebe. Durch seinen heutigen Rückzug habe der Minister bewiesen, daß es unmöglich sei, wider den Stachel des Militarismus zu löcken. Er protestiere gegen das Verhalten des Herrn Stinnes in Spa, dessen Ton die Stimmung der Entente gegen uns beeinflußt habe. Die internationale Bourgeoisie habe alle Schuld der Deutschen vergessen, um mit Herrn Stinnes neue Geschäfte über den Gräbern der Gefallenen zu schließen. Herr Stinnes sei überhaupt ein guter Geschäftsmann, und man könne fragen, ob er sich nicht auch mit einer Besetzung des Ruhrgebietes abgefunden haben würde. (Unruhe, großer Lärm, Zuruf: Verleumder). Redner fragt, ob Maßnahmen getroffen seien, die den Arbeitern die Lebensmittel garantieren und was gegen die Kohlenverschiebungen geschehen sei. Die Sozialisierung sei das beste Mittel, die Arbeitsfreudigkeit zu wecken. Gegen das Ergebnis von Spa wolle er nichts sagen, aber gegen die Methode, welche die Regierung dort in der Frage der Entwaffnung befolgte, müsse er sich aussprechen. Deshalb könne er der Regierung kein Vertrauen bekunden.

Dr. Simons: Der Vorredner hat einen Unterschied in meiner Stellung zum Bolschewismus und der des Reichskanzlers konstruiert. Wenn der Reichskanzler von Truppenansammlungen gegen den Bolschewismus gesprochen hat, so hat er natürlich nicht die Ideen des Bolschewismus gemeint, sondern nur die Truppen an der Spitze der Grenze. Material über die Reichswehrangelegenheit sei in Spa weder vom Reichskanzler, noch von ihm, dem Redner, noch vom General Seeckt der Entente zugänglich gemacht worden. Im übrigen wolle er konstatieren, daß in seinem Ressort seine Ansichten maßgebend seien, und daß er stark genug sei, ihnen Geltung zu verschaffen. Zur Neutralitätsfrage gegenüber Rußland bemerkt er, wir seien nicht so ohnmächtig, daß wir nicht noch um uns schlagen könnten; aber eine Neutralität, der man keine Achtung verschaffe, sei keine Neutralität, daher die Truppenansammlungen in Ostpreußen. Der angehaltene polnische Zug habe tatsächlich Kriegsmaterial an Bord gehabt; er ist nach Koblenz zurückgeschickt worden. Es sind weder deutsche Offiziere nach Warschau abgereist, noch Deutsche im russischen Heere tätig. Zu seiner Erklärung in der Fahnenaffäre wolle er bemerken, daß es nicht beschämend sei, einen einmal gemachten Fehler einzusehen. Im übrigen wolle er ausdrücklich feststellen, daß die Regierung Gewaltanwendungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit ganzer Kraft niederschlagen werde. Er nimmt dann Herrn Stinnes gegen die Insultationen des Herrn Breitscheid in Schutz. Den Ideen des Bolschewismus müsse er widersprechen. Der Bolschewismus sei augenblicklich eine Macht, mit der man jetzt rechnen müsse; aber im Inneren seien die Verhältnisse jetzt anders geworden. Die Rätediktatur sei schon vorbei. Sozialismus sei etwas ganz anderes; es sei die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Heiterkeit links, Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) spricht sich zu den Erklärungen aus, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. Hoetsch (D.N.): Die Ergebnisse von Spa seien für seine Partei keine Enttäuschung gewesen, wohl aber die gestrige Rede des Reichsaußenministers, der auch der kleinste Funken nationalen Empfindens gefehlt habe. Der Einmarsch in das Ruhrgebiet wäre ein Rechtsbruch. Wenn die Delegation dieser Auffassung nicht entsprechenden Nachdruck verliehen habe, sondern nur die Unterzeichnung im Protokoll ablehnte, so verstieß sie sich auch gegen ihre zweite Aufgabe. An die technische Erfüllbarkeit der Entwaffnungsvorschriften glaube er nicht. In der Kohlenfrage sei Unmögliches zugesichert worden. Man müsse hier eine großes Fragezeichen machen. Auch sei über mangelhafte Statistik geklagt worden. Das habe in Spa den schlechtesten Eindruck gemacht. Er führt Beispiele dafür an, daß rund 25 Prozent industrielle Betriebe zur Stillegung gebracht werden müßten, wenn das Kohlenabkommen in Kraft treten würde.

Schluß nach 8 Uhr.

× + ×

Berlin, 28. Juli. Nach der „Vossischen Zeitung haben die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten bereits folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachung von Spa unterzeichnet hat und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie, was in ihren Kräften steht, rückhaltlos tun wird, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.

Der Aeltestenausschuß des Reichstages hat den Wunsch ausgesprochen, die Beratungen noch in dieser Woche zu beenden. Zu diesem Zweck dürften einzelne Ergänzungsetats zurückgestellt werden. Statt des Wehrgesetzes wird vorläufig nur ein vorläufiges, kurzes Gesetz mit einem Paragraphen zur Annahme gelangen, in dem das Dringendste enthalten ist.

Vernichtung des Deutschtums in Mittelafrika.

Berlin, 28. Juli. Zu der Mitteilung der britischen Regierung über die Ausweisung aller Deutschen aus den früheren deutschen Kolonien Ostafrika, Kamerun und Togo und die Liquidierung des deutschen Eigentums schreibt die „Deutsche Allg. Zeitung": Trotz der formalen Rechtsgrundlage des Friedensvertrags wird dieses Vorgehen vom ganzen deutschen Volk als bitterstes Unrecht empfunden. Die englische Begründung, daß die Maßnahmen im Interesse der Eingeborenen getroffen worden seien, ist, so erklärt das Blatt, nicht stichhaltig. Eine handvoll Deutscher könne den Frieden der bisherigen Kolonien nicht gefährden und der Wiederaufbau der deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen liege direkt im Interesse der Eingeborenen. Deutschland bleibe keine andere Waffe als die feierliche Verwahrung. Das Blatt fragt zum Schluß: Wird der Völkerbund, der die einzige Instanz, die laut Erklärung der Entente Deutschland alle Garantien für eine billige Anwendung des Austreibungs- und Liquidationsrechts der Mandaten bietet, England und Frankreich in die Arme fallen, wenn sie nun die deutsche Arbeit bis auf die Wurzeln ausrotten?

Polen und der Danziger Hafen.

Berlin, 28. Juli. Wie der „Berliner Lokalanzeiger" meldet, wies Sir Reginald Tower bei der erneuten Besprechung des englischen Oberkommandos mit General Haking bezüglich der Löschung polnischer Munitionsdampfer in Danzig nachdrücklich darauf hin, daß Polen laut Friedensvertrag berechtigt sei, den Danziger Hafen zu benutzen. Bei den nächsten Verhandlungen in Paris sei es nicht ausgeschlossen, daß der Danziger Hafen dann polnisch werde. Falls die Bolschewisten die Grenzen überschreiten würden, würden Kriegsmaterial und Lebensmittel in noch größerem Umfange nach Danzig gelangen.

Die Konferenz in Genf.

Berlin, 28. Juli. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger" aus Zürich erfährt der Pariser Korrespondent der „Gazette de Lausanne" aus zuverlässiger Quelle, daß die Konferenz in Genf in der allernächsten Zeit stattfinden werde.

Ausland.

Die erste Besprechung in Boulogne.

Paris, 27. Juli. Millerand und Lloyd George mit ihren Begleitern hatten heute nachmittag in Boulogne eine erste lange Besprechung. Wie man vernimmt, wurde zunächst ausführlich der russische Vorschlag auf Abhaltung einer Friedenskonferenz in London besprochen, sodan aber auch die Lage in Allenstein u. Marienwerder, sowie die Frage der Deutschland in Zusammenhang mit der Kohlenlieferung zu machenden Vorschläge erörtert. Der „Temps" meldet, Frankreich und Belgien seien dahin einig, daß die Geldvorschüsse an Deutschland durch eine Anleihe gedeckt werden sollten, die die Wiedergutmachungskommission aufzunehmen hätte. Der französische Finanzminister wird in Boulogne England vorschlagen, den gleichen Weg zu beschreiten wie Frankreich und Belgien.

Gleichzeitiger Meinungsaustausch mit Italien.

London, 27. Juli Gleichzeitig mit den Besprechungen in Boulogne wird ein Meinungsaustausch mit der italienischen Regierung erfolgen, um ihre Stellungnahme kennen zu lernen und eine übereinstimmende Politik zu ermöglichen

Ernst mit der Abrüstung?

Paris, 27. Juli. Die ständige beratende Kommission für die in Artikel 1 des Völkerbundvertrags vorgesehenen militärischen, maritimen und Luftschiffahrtsfragen wird am 3. August in San Sebastian zusammentreten, um die nötigen Maßnahmen für die Ausführung von Artikel 1 und 8 des Vertrags zu ergreifen, die sich auf die Rüstungseinschränkungen beziehen

Grenzberichtigungen zu Gunsten Ungarns?

Prag, 27. Juli. Wie man hier aus gut unterrichteten rumänischen Kreisen erfährt, soll zwischen der französischen und der ungarischen Regierung ein Abkommen zustande gekommen sein, das eine wesentliche Vergrößerung der westungarischen Territorien zum Ziele hat. Es handelt sich dabei um Grenzberichtigungen und zwar soll gegenüber Rumänien eine weitgehende Verschiebung der Grenze in Siebenbürgen stattfinden, durch die die beiden großen Städte Arad und Temesvar wieder an Ungarn fallen sollen. Nach Nachrichten aus ungarischen Quellen soll dieses Abkommen auch dem Rumänen Take Jonesku bekannt geworden sein, doch wage es dieser nicht, dies in Rumänien bekannt zu geben, da er mit Recht befürchtet, starken Anfeindungen ausgesetzt zu sein, da seine stark franzosenfreundliche Haltung allgemein bekant ist. Zur Zeit soll er noch angeblich versuchen, für Rumänien wirtschaftliche Vorteile bei den Grenzberichtigungen herauszuschlagen. Man darf gespannt sein, wie sich die Dinge entwickeln werden. Noch in ihrem Vorstadium befinden sich ähnliche Erwägungen in Bezug auf die Preßburger Gegend. Diese soll von der Tschecho-Slowakei losgerissen werden. Näheres ist hierüber in Prag noch nicht bekannt.

Die Frage des Dodekanes.

Paris, 27. Juli. Der Friedensvertrag mit der Türkei, der am Donnerstag unterzeichnet werden soll, wird vielleicht von Italien und Griechenland nicht unterschrieben werden, da die Frage des Dodekanes, der „Zwölfinseln" im Aegäischen Meer, die zwischen beiden Mächten zu regeln ist, noch nicht entschieden ist und die italienische Regierung die im Juli 1919 von Tittoni gegenüber Venizelos gemachten Versprechungen auf Rückgabe der kleineren Inseln und alleinige Zurückbehaltung von Rhodus anscheinend halten will. Italien ist offenbar nicht damit zufrieden, daß es die in Kleinasien erhofften Vorteile nicht erreichen konnte und möchte daher verschiedene Rhodus benachbarte Inseln weiter behalten. Die alliierten Regierungen bemühen sich lebhaft, um bis Donerstag eine endgültige und beide Teile zufriedenstellende Lösung der Frage zu erzielen.

Die Besetzung des Dodekanes stammt noch aus der Zeit des italienisch-türkischen Krieges, der den Anstoß zum Balkankrieg gab.

Lloyd George über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Haag, 28. Juli. „Nieuwe Courant" meldet aus London: Im Unterhaus erklärte Lloyd George in Erwiderung auf eine Anfrage, betreffend den Zeitpunkt des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, in den nächsten Wochen werde es sich zeigen, ob es Deutschland mit der Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrags ernst meine. Wenn Deutschland tatsächlich zeige, daß es sein Bestes tun wolle, besonders um die Bestimmungen über die Entwaffnung und die Kohlenlieferungen auszuführen, so zweifle er nicht daran, daß eine Einladung zum Beitritt zum Völkerbund in kürzester Zeit erfolgen werde.

Die Blutopfer des Krieges im Osten.

Basel, 28. Juli. Der „Warschauer Kurier" berichtet, daß die letzten Kämpfe an der polnisch-russischen Front außerordentlich blutig waren. Bei Grodno hatten die Bolschewisten über 3000 Tote und Verwundete, die Verluste der Polen reichen an diese Zahl ebenfalls heran. Die Festung Grodno liegt seit Samstag unter schwerem russischem Feuer. In der Innenstadt sind an mehreren Stellen Brände ausgebrochen.

Das italienisch-albanische Abkommen.

Mailand, 27. Juli. Der „Popolo d'Italia" erfährt, über das italienisch-albanische Abkommen: Italien überläßt Valona Albanien. Die Stadt wird unter die unmittelbare Herrschaft der Regierung von Tirana gestellt. Italien wird sich nicht mehr in die Zivilverwaltung von Valona einmischen, die einzig den Vertretern der albanischen Regierung übertragen wird. Für

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

seine militärische und maritime Sicherheit erhält Italien die Insel Saseno, auf der es alle für seine militärische und maritime Sicherheit notwendigen Arbeiten vornehmen kann. Albanien willigt ferner darin ein, daß Italien die Punta Linguetta und die Punta degli Porti Arta besetzt und befestigt. Auf diese Weise soll Italien den Hafen und die Stadt Valona militärisch beherrschen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 28. Juli. Durch Beschluß des Herrn Staatspräsidenten ist die ständige Lehrerstelle in Sindelfingen OA. Böblingen dem Oberlehrer Essig in Dobel übertragen worden.

Neuenbürg, 29. Juli. (Allgemeines.) Den 29. Juli schreiben wir heute und leben mit ihm dahin ohne weiteres Bedenken, vom Willen des Schicksals gepackt. Nicht zu wundern ist das, denn all der Kampf den wir in den verflossenen 6 Jahren durchfechten mußten, beraubte uns aller Lebensluft, besonders wenn wir noch daran denken, wie heute vor 6 Jahren, als der unheilvolle Krieg schon am Horizonte auftauchte, wo so manche Mutter, die mit voller Mühe und Not ihren einzigen Sohn aufzog, und Freude daran hatte, wie er immer größer, immer stattlicher wurde, Freude daran hatte, daß sie es einmal in ihren alten Tagen ruhiger bekommen sollte, wenn des Sohnes treue Hand sich über ihre Schultern breiten würde um ihr einen schönen Lebensabend zu bescheeren. Da waren es die letzten Tage des Monats Juli im Jahre 1914, wo diese Mutter schon im stillen weinte, und ihre heißersehnte wohlverdiente Ruhe auf die sie sich so sehr freute, schon im Stillen schwinden sah. Ja, das waren diese Tage, wo der Vater wie heute, mit seinen Lieben beim Abendrote saß, mit traurigen Blicken seine ihm so liebgewordenen Kinder betrachtete, die er nun bald nicht mehr sehen sollte und ein schmerzhafter Stich durchfuhr sein Herz, wenn er daran dachte, bald seine liebe Gattin, die ihm so treu zur Seite stand, und das Leben ihm zur Freude bereitete, bald nicht mehr zu sehen. Jene Tage, wo die Braut und der Bräutigam dessen ganzes Arbeiten ihrem zukünftigen Glück galt, plötzlich getrennt wurden, um — sich nie wieder zu sehen. Dort, wo so mancher Sohn, im fernen Auslande, der sich so sehr auf seine Heimatreise freute, vom jähen Schicksal gerüttelt wurde. O schrecklicher Krieg, furchtbares Elend hast du bereitet. Dieses alles, die leidenden Gedanken, die uns kraft ihrer Schwere nie verlassen können, sind es, welche zusammen mit dem noch Schwereren das in den letzten 6 Jahren über uns sich ergoß, uns schmetternd in ein unergründlich tiefes Leiden versetzt haben. Heute nun, da diese Tage vergangenen Frevels und Elends wiederkehren, wo nicht mehr des Krieges Todessense über Menschenfelder hinwegfegt, da müssen wir unfehlbar denken, niemals darf dieses Elend wiederkehren. Unsere ganze Kraft die noch in uns geblieben ist, müssen wir diesem Gedanken widmen, aber nicht etwa in dem Maße, um eigene Parteiinteressen dem Wohl des Gesamtvolkes voranzustellen, nein für das Wohl der Gesamtheit wollen wir kämpfen und dort ausräumen wo die Ungerechtigkeit herrscht. In friedlicher treuer Mannesarbeit wollen wir dann wieder mithelfen zum Aufbau unseres Reiches zu neuem Glück und neuem Leben.

Neuenbürg, 29. Juli. Es wird uns geschrieben: Der Wirteverein Herrenalb hat es durch einmütiges und festes Auftreten erreicht, daß die dortigen Metzger das Fleisch nunmehr tatsächlich zu dem Höchstpreis von 8 Mark abgeben. Es wäre zu wünschen, daß die Neuenbürger und die übrigen Metzger des Bezirks umgehend dasselbe tun und nicht warten, bis sie dazu gezwungen werden. Denn was in Herrenalb möglich ist, sollte anderwärts auch gemacht werden können. Der Preis-Abbau muß kommen, allerdings nicht bei den Metzgern allein, sondern bei allen Berufsständen. Das Publikum hat es satt, sich weiterhin auswuchern zu lassen. Allen, die es angeht, sei das alte Wort in Erinnerung gebracht „wer nicht hören will, muß fühlen". Die größeren Verbraucher-Organisationen, wie Beamten und Arbeitervereinigungen könnten auf dem oben angedeuteten Weg der Selbsthilfe zweifellos Nützlicheres schaffen und mehr erreichen, als durch Teuerungs-Demonstrationen, bei denen in der Regel der Unverstand Meister ist.

Württemberg.

Stuttgart, 27. Juli. (Die Privat- und Gemeindetierärzte zur Seuchenbekämpfung.) Die Opfer, die die Maul- und Klauenseuche in unserem Heimatland gefordert hat und noch täglich fordert, machen die Zusammenfassung aller zur Bekämpfung dieser Seuche geeigneten und berufenen Kräfte und die Anwendung sämtlicher zu Gebote stehenden Mittel notwendig. Der Verein der Privat- und Gemeindeärzte in Württemberg (Vorsitzender: Stadttierarzt Geßler in Bietigheim) hat sich in der stark besuchten Mitgliederversammlung am 17. Juli 1920 in Stuttgart eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Von verschiedenen Seiten wurde auf die günstigen Erfahrungen hingewiesen, die mit der Ueberimpfung von Blut und Serum von erkrankt gewesenen Tieren auf andere im Anfang der Erkrankung stehende Tiere gemacht worden sind. Der Württ. Seuchenkommissar, Regierungsrat Dr. Mayer, gab einen ausführlichen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bekämpfung der gefürchteten Seuche und wies ebenfalls auf die erfolgversprechenden Versuche mit der Ueberimpfung von Blut hin, zu deren Ausführung er die Mitwirkung der praktischen Tierärzte als unerläßlich bezeichnete, da die in erster Linie mit der Seuchenbekämpfung betrauten Oberamtstierärzte über ihre Kräfte in Anspruch genommen seien. Er machte aber auch darauf aufmerksam, daß die Impfung ohne gleichzeitige Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen seuchenpolizeilichen Maßnahmen nicht zu dem gewünschten Erfolg führen könne. Die praktischen Tierärzte Württembergs werden ihre Mithilfe bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche nicht versagen, müssen aber mit Rücksicht auf die auch vom Seuchenkommissar betonte Unzertrennlichkeit der veterinärpolizeilichen Maßnahmen und der Impfung verlangen, daß sie auch zu der seuchenpolizeilichen Bekämpfung der Seuche zugezogen werden. Der Verein der Privat- und Gemeindetierärzte hat daher dem Ministerium des Innern den Antrag unterbreitet, die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche sofort auf neue Grundlagen zu stellen. Die praktizierenden Tierärzte eines Oberamtsbezirks sollen mit dem zuständigen Oberamtstierarzt die Seuchenkommission des Oberamts bilden, die im Einvernehmen mit dem Oberamt die notwendigen Maßnahmen zu treffen und durchzuführen hat. Nur auf diesem Wege, durch die Mitwirkung sämtlicher württ. Tierärzte, wird eine so gründliche Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche möglich sein, wie sie unsere schwer heimgesuchten Viehbesitzer zu fordern das Recht haben. Bezüglich der Schutzimpfung gegen den Rotlauf der Schweine, die sich bei der erfreulicherweise nicht bloß bei den Landwirten, sondern auch bei der Arbeiterschaft ständig zunehmenden Schweinehaltung immer mehr einbürgert, wurde verlangt, daß der Impfstoff vom württ. tierärztlichen Landesuntersuchungsamt an alle württ. Tierärzte zu gleichen Preisen und Bedingungen geliefert werde. Die Preise des Serums, wie in der Garantieleistung des Staates zeigt, ist ungerechtfertigt und führt nur dazu, daß die prakt. Tierärzte gezwungen sind, ihren Impfstoff von Serumwerken außerhalb Württembergs zu beziehen, was sicher nicht im wirtschaftlichen Interesse der heimischen Serumherstellung liegt.

Stuttgart, 28. Juli. (Aufhebung der Fleischkarte.) Die Fleischversorgungsstelle teilt mit: Die in einigen Tageszeitungen erschienene Notiz „Noch keine Aufhebung der Fleischkarte" ist dahin zu berichtigen, daß in Württemberg, wie übrigens auch in Bayern, die Rationierung und Bewirtschaftung des Fleisches entsprechend den Reichsvorschriften auch fernerhin beibehalten wird, daß jedoch die Fleischkarte mit Wirkung vom 16. August ds. Js. ab in Wegfall kommt. Der Bezug des Fleisches durch den Verbraucher wird dann lediglich durch die Kundenliste geregelt werden.

Stuttgart, 28. Juli. (Berufung.) Konservator Professor Dr. Gößler an der Staatssammlung vaterländischer Kunst- und Alterdumsdenkmale wurde zum Direktor der Staatssammlungen und gleichzeitig zum Vorstand des neu errichteten Landesamtes für Denkmalpflege berufen. Die Stelle eines Abteilungsvorstandes bei diesen staatlichen Kunstausstellungen wurde dem Konservator Dr. Buchheit am Bayr. Nationalmuseum übertragen.

Stuttgart, 28. Juli. (Neue Lohnforderungen im Holzgewerbe.) Die Vertrauensmänner- und Mitgliederversammlung des deutschen Holzarbeiterverbands, Zahlstelle Stuttgart, faßte folgende Entschließung: In Anbetracht des großen Unterschiedes zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten, sowie im Hinblick auf den 10prozentigen Steuerabzug verpflichten die Vertrauensleute des Holzberufs die Ortsverwaltung, mit der Unternehmerschaft in Verbindung zu treten über einen 20prozentigen Lohnaufschlag.

Lauffen a. N., 28. Juli. (Fuhrwerksunfall.) Die Pferde des Bauern W. Remmele gingen mit dem leeren Heuwagen durch. Der Sohn Eugen wollte das Gespann anhalten, wurde aber unter den Wagen geschleudert und erlitt starke Schurf- und Quetschwunden.

Waiblingen, 28. Juli. (Wohnungsnot.) Der Gemeinderat beschloß den Einbau von sieben Wohnungen in verschiedene städtische Gebäude mit einem Aufwand von 160 000 Mark. Auch in einige Privathäuser sollen unter Beihilfe der Stadt weitere Wohnungen eingebaut werden.

Reutlingen, 23. Juli. (Unaufgeklärter Todesfall.) In Gomaringen ist ein Mädchen, das kürzlich von einem Kind genesen ist, unter verdächtigen Umständen gestorben.

Balingen, 28. Juli. (Autounfall.) Das Postauto ist auf der Fahrt nach Rosenfeld eine Böschung hinabgestürzt und hat sich überschlagen. Der Wagenführer wurde erheblich, einige Insassen leichter verletzt.

Bodnegg OA. Ravensburg, 28. Juli. (Mord.) Gestern nachmittag ½2 Uhr wurde auf der Wagnerstraße zwischen Ravensburg ud Amtszell der 29 Jahre alte ledige Landjäger Gi erschossen. Als Täter kommt jedenfalls ein Landstreicher in Frage. Es wurde bereits eine Person festgenommen, die aber noch nicht der Tat überführt werden konnte. Der Erschossene, der nur noch wenige Augenblicke lebte, ist aus Pfauhausen OA. Eßlingen gebürtig.

Baden.

Karlsruhe, 28. Juli. Der Landtag wird aller Wahrscheinlichkeit nach in dieser Woche seine Arbeiten beenden und in Sommerpause eintreten lassen. Erledigt werden noch einige kleinere Gesetzesvorlagen, der erste Nachtrag zum Staatsvoranschlag und die Umbildung der Regierung. Die Zentrumsfraktion hat im Landtag eine Förmliche Anfrage eingebracht, ob der Regierung bekannt sei, daß die Reichsvermögensverwaltung beabsichtige den Truppenübungsplatz Heuberg zu einem großen Pachthofgut einzurichten und was zur Entschädigung derjenigen Landwirte getan werde, die bei der Errichtung des Truppenübungsplatzes Gelände abgeben mußten.

Schriesheim, 27. Juli. Die hiesigen Wirte haben beschlossen, den Wein billiger zu verkaufen. Jetzt kostet das „Schriesheimer Viertele" Wein 4 Mark statt 5 Mark.

Wehr, 27. Juli. Ein schwerer Unglücksfall hat sich in der Zellstoffspinnerei ereignet. Die 19jährige Arbeiterin Paula Fehler kam, als sie sich an einer Maschine bückte, mit den Haaren einer schnell rotierenden Welle zu nahe. Die Haare wurden von der Welle erfaßt und dem bedauernswerten Mädchen fast Kopfhaut bis zum Nacken abgerissen.

Waldshut, 28. Juli. Die Grenzbehörde hat bestimmt, daß Schweizerstumpen nur noch in einem Quantum von 10 Stück eingeführt werden dürfen und zwar ohne Verpackung.

Konstanz, 28. Juli. Der Verband der oberbadischen Metzgermeister hat Protestversammlungen nach Singen und Donaueschingen einberufen, um gegen das Vorgehen der Landwirtschaftskammer Einspruch zu erheben, die den Landwirten für das Vieh bedeutend höhere Preise angeboten habe, als sie von den Metzgern bezahlt werden. Infolgedessen hätten sich, so „Konst. Ztg.", die Landwirte geweigert, an die Metzger Vieh zu verkaufen.

Vermischtes.

Hund und Telefon. Die folgende reizende Geschichte entnehmen wir der Schweizer Zeitschrift „Hundesport und Jagd": Eines Tages beobachtete jemand einen Hund, der offenbar seinen Herrn verloren hatte und nun suchend durch die Straßen lief. Der Hund kam dem Spaziergänger bekannt vor; er glaubte, ihn bei einem in einem Vororte lebenden Freunde gesehen zu haben. Um der Sache sicher zu sein, nahm er den Hunden mit nach dem nächsten Telephonamte und setzte sich dort mit dem Freund in Verbindung. „Haben Sie Ihren Hund verloren?" Sofort kam die Antwort „Ja!" „Haben Sie irgend eine Ahnung, wo er sein mag?" „Er muß irgendwo in der Stadt sein; ich war heute vormittag dort und vermißte ihn, als ich heimfuhr." „Wie heißt er denn?" fragte der Freund und hielt das Hörrohr an das Ohr des Hundes. In der nächsten Sekunde brach das Tier in ein freudiges Bellen aus; es hatte die Stimme seines Herrn erkannt. Nun wollte der Freund das kluge Tier mit in seine Wohnung nehmen, bis der Besitzer es abholen würde, aber Bello wich nicht von der Stelle. Hier hatte ihn sein Herr gerufen, hier würde er irgendwo herum-

Art läßt nicht von Art.

Roman von H. Hill

101 (Nachdruck verboten.)

Sie fühle deshalb ein unabweisbares Verlangen nach Einsamkeit und Ruhe und sie bitten dringend, daß man ihr diese Einsamkeit vergönnen möge, bis zu dem Augenblick, wo sie sich mit den Ihrigen an einem anderen Orte als in Donnersberg wieder würde vereinigen können. Sie sei sehr gut aufgehoben, aber sie hoffe, daß man ihr nicht zürnen werde, wenn sie unter den obwaltenden Verhältnissen ihren Aufenthaltsort verschwiege.

In seinem Begleitbriefe schrieb der Senator, daß er sich durch diese Mitteilungen seiner Enkelin ungeheuer erleichtert fühle, und daß er sie mit um so größerer Freude begrüßt habe, als seine Tochter dadurch natürlich veranlaßt werden würde, ihre Abreise tunlichst zu beschleunigen. In einer Nachschrift fügte er hinzu, daß der Graf allem Anschein nach sehr enttäuscht gewesen sei, als die heutige Post ihm keinen Brief gebracht habe. Er habe sich wiederholt sehr angelegentlich erkundigt, ob keine Nachricht von dem Justizrat gekommen sei. Im übrigen sei er in augenfälliger Weise bemüht, gegen jedermann liebenswürdig zu sein, den armen Major Brandenfels ausgenommen, den er mit empörender Unverschämtheit behandle.

Der Freiherr unterwarf den angeblich von seiner Cousine herrührenden Brief und seinen Umschlag der genauesten Untersuchung, und er kam am Ende derselben zu dem Schluß, daß beide ohne allen Zweifel von ihrer eigenen Hand herrührten. Aus dem Poststempel ging hervor, daß der Brief am gestrigen Nachmittag gegen halb sechs Uhr in der Hauptstadt aufgegeben sein mußte. Er hatte die Untersuchung mit um so größerer Gewissenhaftigkeit vorgenommen, als er sehr geneigt war, zu glauben, daß das vorgestrige Telegramm und der Brief an die Jose dreiste Fälschungen gewesen seien. Jetzt aber wurde er in dieser Vermutung wieder irre und neigte zu einer minder alarmierenden Auffassung der Situation.

Jedenfalls faßte er den Entschluß, die beabsichtigte Reise noch hinauszuschieben, und zwar aus drei Gründen, deren jeder ihm triftig genug erschien. Erstens hatte Edith selbst bestätigt, daß sie gut aufgehoben sei, so daß von einer drohenden Gefahr wohl nicht mehr die Rede sein konnte; zweitens hatte er den lebhaften Wunsch, mit dem Gendarmeriewachtmeister zu reden, ehe er sich von Donnersberg entfernte, und der Wachtmeister war für den heutigen Tag durch dienstliche Pflichten nach einem anderen Orte gerufen worden; drittens aber — und dies war es, was eigentlich den Ausschlag gab — übte die Anwesenheit des Grafen auf ihn eine sehr starke Anziehungskraft. Solange sich sein Vetter auf dem Schloß aufhielt, war es doch wohl das geratenste, wenn er zwischen sich und ihn keine größere Entfernung legte, als es die war, die ihn im gegenwärtigen Augenblick von ihm trennte.

So geschah es, daß zwei kostbare Tage verloren gingen, während deren, wenn man die schurkische Verräterei etwas besser zu durchschauen vermocht hätte, der Scharfsinn des Freiherrn wahrlich an einem anderen Orte bessere Gelegenheit zu nutzbringender Betätigung gefunden hätte als hier.

Der kleinen französischen Kammerjungfer war es vorbehalten, dieser Sorglosigkeit ein Ende zu machen und den Ball ins Rollen zu bringen. Ihre letzten Erfahrungen hatten das Ergebnis gehabt, daß der Wachtmeister Roth, ohne daß er es ahnte, noch um ein Beträchtliches mehr in ihrer Gunst gestiegen war, und daß sie ein lebhaftes Bedürfnis fühlte, ihn für die frühere Vernachlässigung durch verdoppelte Liebenswürdigkeit schadlos zu halten. Sie benutzte deshalb jeden Vorwand, der sich ihr bot, um in das Dorf hinüberzugehen und sich an den Orten zu schaffen zu machen, wo sie hoffen durfte, ihm zu begegnen. Vierundzwanzig Stunden lang hatte seine dienstliche Abwesenheit ihre menschenfreundliche Absicht vereitelt; am Morgen des folgenden Tages aber — es war der zweite nach der Rückkehr des Grafen — hatte sie mehr Glück, indem sie seiner ansichtig wurde, als sie eben aus dem kleinen Postamt auf die Dorfstraße hinaustrat. Und nun zögerte sie nicht, geradeswegs auf ihn zuzugehen und ihn wie einen lieben, alten Bekannten zu begrüßen.

Der Wachtmeister war nicht wenig erstaunt über die Veränderung, die seit der letzten Begegnung mit ihr vorgegangen schien; denn heute war sie weder schnippisch, noch gefallsüchtig, oder kokett, sondern sie benahm sich ganz wie ein ernsthaftes und verständiges junges Mädchen, was ihn natürlich mit nicht geringer Freude erfüllte.

Aber er konnte sich doch in seiner Geradheit nicht enthalten, seiner Verwunderung auch in Worten Ausdruck zu geben, und da antwortete Mademoiselle Leblanche in sehr ernstem Ton:

„Ich bin heute nicht ausgegangen, um mich zu amüsieren, oder um die Zeit mit müßigem Geschwätz totzuschlagen. Man hat mir erzählt, daß ihr Herren von der Polizei immer dankbar seid, wenn man euch eine Information zukommen lassen kann. Verhält es sich so, Herr Wachtmeister?"

Der Gefragte spitzte die Ohren. Sobald seine dienstlichen Interessen in Frage kamen, traten sofort alle galanten Regungen in den Hintergrund.

„Gewiß," erwiderte der Wachtmeister nicht ohne Wichtigkeit. „Und wir sind sogar in hohem Maße auf solche Informationen aus dem Publikum angewiesen. Ohne die Fingerzeige, die wir auf solche Weise erhalten, würden wir in recht vielen Fällen bei unseren Recherchen sehr bald auf dem Trockenen sitzen. Sie aber, Mademoiselle, worüber würden Sie mich wohl informieren können?"

„Oh, ich könnte Ihnen vielleicht etwas erzählen, was Ihnen das Haar zu Berge stehen ließe. Wenn Sie Lust haben, es zu hören, so lassen Sie uns jenen Wiesenpfad dort gehen, wo keiner von diesen neugierigen Bauern uns behorchen kann."

Der Wachtmeister ließ sich das selbstverständlich nicht zweimal sagen, und als sie weit genug gekommen waren, um wirklich vor allen Lauscherohren sicher zu sein, fing Mademoiselle Leblanche an, ihm die Geschichte ihres Ausfluges in die Stadt zu erzählen, der für sie mit einer so schweren Enttäuschung geendet hatte, und sie unterließ nicht, nachdrücklich zu betonen, wie sehr sie dies Benehmen von seiten einer Gebieterin gewundert habe, die sich bis jetzt immer als überaus gütig und rücksichtsvoll erwiesen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

treten und hier mußte er auf ihn warten. Vergebens war alles Bitten und Schmeicheln; Bello blieb unbeweglich am Telephon sitzen, bis sein Herr ihn abholte.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Verbesserung der deutsch-brasilianischen Handelsbeziehungen. Der brasilianische Außenminister hat eine Bestimmung erlassen über den Schiffsverkehr mit Deutschland. Die deutschen Schiffe sollen mit denen aller andern Länder gleichberechtigt in den brasilianischen Häfen verkehren. Weiter soll das deutsche Eigentum, das während des Krieges in staatliche Verwaltung genommen war, zurückgegeben werden. Vorkriegsschulden zwischen Deutschen und Brasilianern sollen ohne Anrufung des Ausgleichsamtes direkt geregelt werden. Brasilien habe seine diplomatischen und konsularischen Vertreter für Deutschland ernannt, während die deutschen Ernennungen immer noch fehlen.

Schutzverband für ausländische Werte deutscher Emissionen. Zum Schutz der Interessen der Inhaber von ausländischen Obligationen, die in Deutschland vor dem Krieg ausgegeben wurden, bildet sich, wie wir hören, zurzeit in Paris ein Komitee.

Steigende französische Kohlenförderungen im zerstörten Gebiet. Die Ausbeute der Kohlenfelder des Departements Pas de Calais zeigte für Juni ein Ergebnis von 726 000 To. gegen 614 000 To. im Mai. Die Ausbeute des Departements Nord ergibt 146 000 To. für Juni gegen 72 000 To. für Mai.

Neueste Nachrichten.

Mainz, 29. Juli. Zu der Havasmeldung vom 27. Juli, daß die Vertreter der Alliierten die Auslieferung derjenigen Personen verlangten, die die Entführung Dortens aus Wiesbaden bewerkstelligt hatten, stellt die hiesige Havasagentur fest, daß es in dem Originaltelegramm heißt, daß Maßnahmen (nicht Auslieferung) gegen die Personen verlangt worden seien, die die Entführung Dortens bewerkstelligt hätten.

Berlin, 28. Juli. Einer Blättermeldung aus Bremen zufolge fanden dort gestern Nachmittag von den Unabhängigen und den Kommunisten veranstaltete Kundgebungen für einen Anschluß an Sowjet-Rußland statt. Es gelang der Schutzmannschaft und der Sicherheitspolizei, den Demonstrationszug von dem Marktplatz zum Hauptbahnhof abzudrängen. Dort schloß die Demonstration mit einem Hoch auf die Weltrevolution.

Berlin, 29. Juli. Wie die Voss. Ztg." mitteilt, sind in den letzten Tagen in Berlin zwei weitere Wohlfahrtsunternehmungen unter Zwangsverwaltung gestellt worden und zwar die „Vereinigung zur Erhaltung des Deutschtums in den national gefährdeten Gebieten", die im ganzen 160000 Mark gesammelt hat, und das „Hilfswerk für unsere unterernährten Kinder", ein unglaublich größeres Unternehmen, von dessen Hilfswerk für unterernährte Kinder bisher nichts bekannt geworden ist.

Berlin, 28. Juli. Wie das „Berliner Tageblatt" hört, liegt dem Reichsrat ein Gesetzentwurf vor, der künftighin die Aburteilung von Straftaten in erster und zweiter Instanz grundsätzlich unter Mitwirkung von Laien vorsieht. Ferner steht in naher Aussicht die Errichtung von Arbeitsgerichten und die Umgestaltung der Zivilprozeßordnueg im Sinne einer Beschleunigung und Verbilligung.

Berlin, 29. Juli. Wie die Blätter aus Halle melden, haben gegenwärtig zwischen den Reichsbehörden und dem Sächsisch-Thüringischen Webereiverband Verhandlungen statt über die Anfertigung eines militärtuchähnlichen Einheitsstoffes für die Zivilbevölkerung. Es sollen umfangreiche Aufträge gegeben werden, um Betriebseinschränkungen vorzubeugen.

Berlin, 29. Juli. Nach einem Telegramm in den Morgenblättern aus Posen entziehen sich auch zahlreiche Polen der Aushebung zum Heeresdienst, indem sie erklären, Deutsche zu sein. Täglich desertieren Hunderte von Soldaten, die teilweise mit ihren Waffen über die Grenze gehen.

Berlin, 28. Juli. Wie mehrere Blätter aus Meseritz melden, ist es in der früheren Provinz Posen zu Unruhen gekommen. In mehreren kleineren Ortschaften bei Neutomischel gelang es polnischen Spitzeln und Provokateuren, die deutsche Bevölkerung aufzureizen. Polnische Gendarmerieposten wurden entwaffnet und gefangen gesetzt, Gemeindegebäude und Postämter besetzt. Herbeigerufenes polnisches Militär verhaftete 100 bis 170 Deutsche, die nach gröbster Mißhandlung nach der Posener Festung gebracht wurden, wo sie ihrer Aburteilung wegen Landesverrats entgegensehen.

Danzig, 28. Juli. Gestern nachmittag hat ein Kommando englischer Soldaten mit der Ausladung des für Polen bestimmten Munitionsdampfers Triton begonnen. Bei einer Besprechung des Generals Hayking mit den Vertretern des Transportarbeiterverbandes wies der General darauf hin, daß es nicht ausgeschlossen sein würde, daß man künftig englische Arbeiter nach Danzig holen würde.

Paris, 28. Juli. Der Berichterstatter der Agence Havas meldet aus Boulogne, es sei gestern keine Entscheidung getroffen worden, über den Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz von Genf, die die Aufgabe habe, eine erste Prüfung der Wiedergutmachungsfrage vorzunehmen. Lloyd George und Millerand hätten, wie Havas weiter berichtet, dem alliierten Oberkommissar in Danzig die Weisung gegeben, er möchte sich bemühen, zu verhindern, daß der Versuch der Alliierten, Polen Beistand zu leisten, durch polnische Akte, wie den Streik der Hafenarbeiter, die sich geweigert hätten, Munitionsschiffe zu entladen, durchkreuzt werde.

Paris, 28. Juli. Der Botschafterrat hielt heute seine letzte Sitzung vor den Ferien ab und erledigte die Teschener Frage. Er entwarf auch die Grundzüge eines Vertrages zwischen Polen und der Tschechoslowakei.

Boulogne, 28. Juli. Millerand und Lloyd George haben auf Grund eines Gutachtens des Marschalls Foch die gestern von der Botschafterkonferenz getroffene Entscheidung, die Zurückziehung der britischen und italienischen Truppen aus dem Gebiete von Allenstein und Marienwerder einzustellen, genehmigt. Millerand, Marschall Foch sind gestern ebenfalls von Boulogne abgereist.

London, 28. Juli. Lloyd George sagte bei seiner Rückkehr nach London, die Besprechung in Boulogne sei nützlich und erfolgreich gewesen. Zwischen Frankreich und England sei vollkommene Uebereinstimmung erzielt worden.

London, 28. Juli. Die „Times" melden aus Smyrna: Die Operationen gegen Tayar, die am 20. d. M. begonnen hatten, sind nach fünftägiger Dauer beendet worden. Auf die von den alliierten Regierungen gestellten Forderungen hat Bulgarien beschlossen, die Streitkräfte Tayars, die sich auf bulgarisches Gebiet zurückziehen, zu entwaffnen. Alliierte Beamte werden die Entwaffnung beaufsichtigen.

London, 28. Juli. Die „Times" meldet aus Konstantinopel, daß Aserbeidschan sich jetzt vollständig unter bolschewistischer Herrschaft befinde. Von den sechs Oberkommissaren, die das Land jetzt regierten, seien zwei Russen, zwei Georgier und nur die beiden am wenigsten einflußreichen. Tartaren. Das Heer bestehe beinahe ausschließlich aus Russen und zwar meist aus russischen Teilen der früheren Astrachan-Armee, sowie der 29. bolschewistischen Division.

London, 27. Juli. Lloyd George ist heute abend hierher zurückgekehrt.

Teheran, 28. Juli. Die persische Regierung ist durch ein Radiotelegramm des russischen Volkskommissars des Auswärtigen, Tschitscherin, davon in Kenntnis gesetzt worden, daß alle russischen Land- und Seestreitkräfte aus dem persischen Gebiet zurückgezogen worden seien.

Nur noch 3 Tage

sind es bis zum 1. August.

Hochpolitische Ereignisse umhüllen uns. Das Geschäftsleben beginnt sich wieder zu regen.

Wollen Sie in allem orientiert sein, so vergessen Sie nicht noch für den Monat August den **„Enztäler"** zu bestellen.

Heute noch müssen Sie die Bestellung einsenden. — Morgen schon werden Ihnen Vorteile davon erblühen. ß.

Die süddeutschen Regierungen und die Zwangswirtschaft.

Stuttgart, 28. Juli. In einem Teil der württ. Presse finden sich Nachrichten über eine in Würzburg über die Frage der öffentlichen Bewirtschaftung stattgehabte Besprechung der süddeutschen Regierungen. Es sind irreführende Darstellungen. Der Sachverhalt ist nach amtlicher Mitteilung folgender:

Pressenachrichten, wonach Baden die öffentliche Bewirtschaftung auf einer Reihe wichtiger Gebiete von sich aus aufgegeben habe, gaben den süddeutschen Ministerien Anlaß zu einer Besprechung der dadurch geschaffenen Lage. Die Besprechung fand am letzten Samstag in Würzburg unter dem Vorsitz des bayr. Landwirtschaftsministers Wutzelhofer statt. Von dem Vertreter Badens wurde klargestellt, daß es sich bei den bekannten Beschlüssen über Aufhebung wesentlicher Gebiete der Planwirtschaft um Beschlüsse des vom badischen Landtag eingesetzten Sonderausschusses für die Zwangswirtschaft und um entsprechende Anträge der badischen Regierung bei den zuständigen Reichsstellen handelt, daß dagegen die Entschließung der Reichsstellen selber noch aussteht. Die Nachrichten, wonach Hessen dem Vorgang Badens gefolgt sei, sind nicht zutreffend. Der Abbau erfolgt dort im Einverständnis mit den Reichsstellen u. den benachbarten Ländern. Tatsache ist aber, daß in Baden und Hessen, von denen Teile durch die Entente besetzt sind, die Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung auf ganz außerordentliche Schwierigkeiten stößt. Baden hat dem vorläufig dadurch zu begegnen versucht, daß es gewisse Lockerungen in der öffentlichen Bewirtschaftung vornahm, die aber inzwischen vom Reich beanstandet worden sind. Da bei den nahen wechselseitigen Beziehungen der süddeutschen Länder ein einseitiges Vorgehen eines Landes bald zu den größten Unzuträglichkeiten führen müßte, so sind die süddeutschen Regierungen übereingekommen, wegen der Frage einer gleichmäßigen Regelung von Reichswegen gemeinsam in Berlin noch im Laufe dieser Woche persönlich beim Reichsminister für Ernährung vorstellig zu werden. Um einen Zusammenschluß der süddeutschen Staaten zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Zwangswirtschaft und die Fassung bindender Beschlüsse handelte es sich bei der Besprechung in Würzburg nicht. Es war eine unverbindliche Aussprache zur Klärung der tatsächlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern zwecks Erörterung der zunächst in Betracht kommenden Maßnahmen.

Dr. Dorten nach Wiesbaden zurückgekehrt.

Wiesbaden, 28. Juli. Dr. Dorten ist laut „Wiesbadener Zeitung" heute Vormittag unter sicherem Geleit nach Wiesbaden zurückgekehrt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Juli. Der Reichstag setzte heute die Besprechung der Regierungserklärungen über die Verhandlungen in Spa fort. Schließlich wurde der Antrag der Deutsch-Nationalen, der der Regierung das Bedauern über ihre Unterzeichnung ausspricht, abgelehnt. Der Antrag der Mehrheitsparteien dagegen, der die Gründe der Regierung für ihr Verhalten in Spa billigt, gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen u. der Unabhängigen angenommen. Außerdem hatten die Unabhängigen einen Antrag auf sofortige Sozialisierung der Kohlenbergwerke eingebracht, der gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien abgelehnt wurde. Das Haus trat sodann in die Besprechung der Interpellation der Mehrheitsparteien wegen der Abtretung des Weichselufers streifens ein, in deren Verlauf sich der Minister des Aeußern Dr. Simons dem einmütigen Protest aller Parteien anschloß und erklärte, es gebe nur eine Lösung, nämlich die Zuteilung des gesamten Gebiets an das Deutsche Reich. Trotzdem habe der Oberste Rat die 50-Kilometerzone und die fünf Orte an der Weichsel als eine Art Brückenkopf Polen zugesprochen. Das sei ein Verstoß gegen das Völkerrecht und das Auswärtige Amt werde alles tun, um diese Vergewaltigung hintanzuhalten. Morgen Nachmittag 1 Uhr beginnt die zweite Beratung des Entwurfs über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und die zweite Lesung des Reichsnotetats. — Schluß 8½ Uhr.

Berlin, 28. Juli. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß des Reichstags hat sich konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde der demokratische Abg. Dr. Petersen gewählt. — Im Haushaltausschuß des Reichstags wurde der deutsch-nationale Antrag gegen die Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente angenommen.

Das Ende des freien Syriens.

Paris, 28. Juli. Eine Havas-Depesche aus Beirut berichtet, daß nach der Besetzung von Damaskus durch die französischen Truppen das Kabinett Emir Faissal zurücktrat. Das neue Ministerium hat folgende Bedingungen des Generals Gouraud angenommen: Der Emir Faissal wird seines Thrones für verlustig erklärt. Zur Wiedergutmachung der durch den Bandenkrieg entstandenen Schäden wird eine Entschädigung von 10 Millionen bezahlt. Allgemeine Entwaffnung, Umwandlung der Armee in eine Polizeiwehr. Auslieferung des gesamten Kriegsmaterials, Verurteilung der Hauptschuldigen durch ein Kriegsgericht. Ferner ist der Emir Faissal ersucht worden, das Land mit seiner Familie zu verlassen.

Das englische Protektorat über Deutsch-Ostafrika.

London, 28. Juli. Ein Regierungsdekret bestimmt die Errichtung des königlichen Protektorats über ganz Ostafrika, ausgenommen Sansibar, welches ein Teil der Dominions des Sultans von Sansibar ist. Dieses neue Gebiet trägt den Namen Kolonie von Kenia. Das Dekret bestimt, daß die Einverleibung am 23. Juli in Kraft tritt.

Sforza mit Lloyd George einig.

Rom, 28. Juli. Zur Begegnung von Lloyd George und Millerand hebt die „Tribuna" hervor, daß Italien bei dieser Besprechung nicht vertreten sei. Das Blatt erklärt diese Tatsache damit, daß zwischen Lloyd George und dem Grafen Sforza hinsichtlich der Haltung gegenüber Rußland bereits Uebereinstimmung herrsche.

Abwartendes Verhalten Amerikas gegenüber der Friedenskonferenz in London.

Washington, 28. Juli. Das Staatsdepartement erhielt keine amtliche Mitteilung über den Vorschlag zur Abhaltung einer Konferenz zwischen Rußland und den Alliierten in London. Es scheint indessen sicher, daß, wenn nicht dringendere Gründe als gegenwärtig vorliegen sollten, die Vereinigten Staaten es nicht sehr eilig haben werden, gegebenenfalls eine Einladung zur Konferenz anzunehmen.

Oberamt Neuenbürg.

Die oberamtliche Bekanntmachung betr.

Maul- und Klauenseuche

vom 15. Juli 1920 (Enztäler Nr. 170) wird mit sofortiger Wirkung **aufgehoben.**

Neuenbürg, den 29. Juli.

Rilling, A. V.

Conweiler.

Stammholz- und Stangen-Verkauf.

Aus Gemeindewald Blumenstiel kommen am nächsten

Montag, den 2. August,
nachmittags 6 Uhr,

auf dem Rathaus im **öffentlichen Aufstreich** zum Verkauf:

Lang- u. Sägholz ca. 380 Fm. II.—V. Kl., Baustangen 37 Stück I., 12 Stück II. Klasse.

Günstige Abfuhr.

Den 28. Juli 1920.

Gemeinderat.

Der belebende Regen

für das Geschäft ist das Inserat, das ihm Käufer und damit Lebenskraft zuführt. Von Wichtigkeit ist jedoch, daß das Inserat richtig abgefaßt ist, und

zur richtigen Zeit

in der richtigen Zeitung erscheint. Ein Inserat im „Enztäler", der verbreitetsten Zeitung im Oberamtsbezirk Neuenbürg

hat doppelte Wirkung

Calmbach.

Verkauf von Wirtschafts-Inventar.

Am Mittwoch, den 4. August 1920,
von vormittags 9 Uhr an,

wird das Wirtschaftsinventar des fr. **Gasthauses z. „Bären"** in **Calmbach,** bestehend in

Tischen, Stühlen, Bänken, 1 Sofa, 3 Gastbetten, 1 Gläserschrank, 1 Schreibpult, Bier- und Weingläsern, allerlei Küchengeschirr ꝛc.,

öffentlich gegen Barzahlung verkauft und werden Kaufliebhaber hiezu eingeladen.

Calmbach, 28. Juli 1920.

Gemeindepflege.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Elektrizitätswerksverwaltung Neuenbürg.

Durch Beschluß des Gemeinderats vom 27. ds. Mts. wurden **sämtliche Teuerungszuschläge zu den Strompreisen ab 1. August ds. Js. erhöht** und zwar:

a) für Licht nach Zählern und für die Pauschalbeträge von bisherigen 60 % auf 140 %,

b) für Kraft:
Normaltarif von bisherigen 150 % auf 250 %,
Sondertarif „ „ 200 % „ 400 %,

c) für Haushaltungszwecke von 100 % „ 140 %.

Jeder Abnehmer von Licht- oder Kraftstrom nach Zähler hat jährlich für mindestens 25 ℳ Licht, bezw. 40 ℳ Kraftstrom dem Leitungsnetz zu entnehmen.

Den 28. Juli 1920.

Verwaltung:
Essich.

Bringe morgen

Freitag, den 30. Juli, einen

Transport Oberländer

Nutzvieh,

Milchkühe, tragende Kühe, sowie trächtige Kalbinnen, Fahrstiere

zum Verkauf. **Leute aus verseuchten Ortschaften haben keinen Zutritt.**

Ochner sen., Neuenbürg.

Neuenbürg.

Kaufe altes Eisen, sowie Metalle

jeder Art und Menge, **Lumpen und Felle** zu den höchsten Preisen.

Wilh. Wentsch, oberer Sägerweg.

Dr. Helene Fritz,

Frauenärztin in Wildbad,

verreist.

Oelsamen-Lohnschlägerei.

Die Oelfabrik von Aug. Reichert & Cie. Nachf., G. m. b. H. in Nagold, übernimmt **Mohn-, Reps- und Leinsaat** von **Selbsterzeugern zum Schlagen im Lohn** in den von der Behörde erlaubten Menge gegen Erlaubnisschein.

Vermöge ihrer vorzüglichen Fabrikationseinrichtungen ist die Fabrik in der Lage, eine **gute Ausbeute** und eine **gute, haltbare Qualität** Speiseöl bei mäßiger Berechnung zusichern zu können.

Die Fabrik stellt aus Reps ein Speiseöl her, dem durch Raffination der herbe Beigeschmack vollkommen genommen ist, so daß das raffinierte Oel ohne weitere Behandlung zu Salat-, Koch- und Backzwecken bei jahrelanger Haltbarkeit sich vorzüglich eignet und auch schon in weitesten Kreisen Anerkennung und Beifall gefunden hat.

Ab 2. August werden nachstehende Züge der Linie **Nagold-Altensteig** an Werktagen nach Bedarf bei der **Oelfabrik** anhalten.

Nagold Hauptbahnhof	ab	8.10
„	„	12.40
Altensteig	„	9.18
„	„	3.00

Es wird gebeten, sich mit **Rückfahrkarten** zu versehen.

DISCONTO-GESELLSCHAFT BERLIN

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland.

Kapital und Reserven 450000000 Mark.

Bankmäßige Geschäfte aller Art.

Bilanz am 31. Dezember 1919*)

Aktiva.	ℳ	₰
Kasse, fremde Geldsorten, Coupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	718865024	48
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	4236009481	01
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	874555986	80
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	99001125	07
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	85711592	05
Eigene Wertpapiere	85669807	59
Konsortial-Beteiligungen	39281156	01
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	60000000	—
Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	100000000	—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	54413793	70
Schuldner in laufender Rechnung	2425760368	23
Forderungen an das Reich oder die Reichsbank aus für Rechnung derselben übernommenen Verpflichtungen	250950301	70
Wertpapier-Bestände der Pensionskasse und der Stiftungen	4793313	25
Einrichtung	1	—
Bankgebäude	33742681	75
Sonstige Liegenschaften	7338397	38
	9076093030	02

Passiva.	ℳ	₰
Eingezahlte Kommandit-Anteile	310000000	—
Allgemeine (gesetzliche) Reserve	109000000	—
Besondere Reserve	31000000	—
Gläubiger	8191386430	51
Akzepte	127765880	30
Für Rechnung des Reichs oder der Reichsbank übernommene Verpflichtungen	250950301	70
Wohlfahrtseinrichtungen	7904842	15
Noch nicht abgehobene Gewinnanteile der früheren Jahre	787326	—
Rückstellung für Talonsteuer	3010040	—
10 Prozent Gewinnanteil auf ℳ 310 000 000 Kommandit-Anteile	31000000	—
Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats	927960	52
Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber, Direktoren, stellv. Direktoren, Prokuristen und Angestellten	5954420	30
Uebertrag auf neue Rechnung	6405828	54
	9076093030	02

*) Die Bilanz enthält nicht den Vermögensstand unserer Londoner und Metzer Niederlassungen.

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1919*)

Soll	ℳ	₰
Verwaltungskosten	59861000	48
Steuern	15301385	58
Zu verteilender Reingewinn	53503229	36
	128665615	42

Haben	ℳ	₰
Vortrag aus 1918	305744	67
Coupons	5104005	52
Verfallene Gewinnanteilscheine	—	—
Provision	24375446	35
Wechsel und Zinsen	81043257	17
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	6000000	—
Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	8000000	—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	3837161	71
	128665615	42

*) Die Gewinn- und Verlust-Rechnung enthält nicht das Erträgnis unserer Londoner und Metzer Niederlassungen.

Getragene weiche

Herren-Filzhüte

werden wie **neu umgeformt und hergerichtet.**

J. Kressel,
Pforzheim,
Genossenschaftstr. 11
Telefon 3175.

Kapfenhardt.

Einen guterhaltenen

Metzgerwagen

und eine gute, 38 Wochen trächtige

Nutz- und Fahrkuh

hat zu verkaufen.

Jakob Gengenbach,
Metzger.

Calmbach

Einen älteren

Metzgerwagen

mit Federn hat zu verkaufen, dagegen einen leichten

Kuhwagen

sucht zu kaufen

Eugen Bühler.

Draeseis **Flechtensalbe** bei **Bartflechte**, sowie **Flechten u. Hautausschlägen** aller Art, Mitesser Dose ℳ 5.— Versand **Grüne Apotheke Erfurt 721.**

Stadtpflege Neuenbürg.

Morgen **Freitag, den 30. ds. Mts.,** abds. 1/2 7 Uhr, wird die

Bauhütte

des Straßenbaus Neuenbürg—Waldrennach an Ort und Stelle öffentlich **versteigert.** Zusammenkunft an der ersten Wende der Straße.

Stadtpfleger Essich.

Echte amerikanische beschlagnahmefreie

Zigaretten

(Chesterfield Mille 520 ℳ echte türk. Murad 625 ℳ (die so seltsame Riesenzigarette), Manoli, Wallruth, Batschari zum Fabrikpreis u. Rabatten.

übers. Rippentabak,
100 Gramm ℳ 3.40
incl. Steuer.

Ch. Schmid & Sohn,
Tabakwarengroßhdlg.,
Wildbad, Fernruf 85.
Postscheck 21 185 Stuttg.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Trockenmilch-Verkauf.

Am Freitag, den 30. Juli, nachm. 2—3 1/2 Uhr in beliebigen Mengen. Preis für 1 Pfund 7 ℳ. Ab 3 1/2 Uhr kommt z. **letztenmal** ein Rest

Margarine

zur Verteilung.

Städt. Lebensmittelstelle.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Brotkarten-Abgabe.

Am Samstag, den 31. Juli
8 Uhr vorm. an Nr. 1—350,
9 Uhr vorm. an Nr. 351 bis zum Schluß.

Städt. Lebensmittelstelle.

Sommersprossen!

Finnen! Pickel! Unreine Haut verschwinden mit **Apotheker Raithelhuber's Sommersprossenorem.** Preis ℳ 5.— franko.

Allein durch

Hofapotheke Hechingen
Hohenz.

Konto-Büchlein

empfiehlt die

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Gegen

Käsemarke 5

kann bei Kaufmann Göckelmann **Weichkäse** abgeholt werden bis 2. August. 1/4 Pfd. zu 1.15 ℳ.

Städt. Lebensmittelstelle.

Birkenfeld.

Gutes

Kleeheu

zu verkaufen, circa 18 bis 20 Zentner können sofort auf dem Acker geladen werden.

Dietlingerstr. 37.

Schwann.

Einen schönen, jährigen

Zuchtfarren

hat zu verkaufen

Wilhelm Schüßler.

Walzschotter Flickschotter

Theodor Straub, Schotterwerk, **Enzberg.**

Gasthof

Hotel oder Kurpension besseren, fachkundigen Leuten zu übernehmen gesucht. Ausführliche Angebote unter Nr. 302 an die Expedition schäftsstelle.

Schömberg.

Eine schwere

Milch-Kuh

hat zu verkaufen oder zu tauschen gegen eine leichte

Matth. Fuchs, Bäck

Gummiwaren

Spülapparate, Frau tropfen und ähnliche Frauenartikel

Anfragen erbeten Sanitätshaus Hausinger Dresden 107, am Sch

Hand-Datumstempel

für Kanzleien und Büros sofort lieferbar

C. Meeh'sche Buchdruckerei

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw